

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitgliedsbeiträge kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 11
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Zeitspalte 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postfach 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

Der Schrei nach Arbeit.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat auf seiner letzten Tagung beschlossen, zum 23. März d. J. einen außerordentlichen Gewerkschaftstongreß nach Berlin einzuberufen, um vor diesem größeren Forum der Forderung der Gewerkschaften nach umfassender Arbeitsbeschaffung mehr Nachdruck zu verleihen. Über sechs Millionen Arbeitslose wurden Ende Februar 1932 von der Zählung der Landesarbeitsämter erfasst. Dazu kommen die unzähligen, die auf dem Arbeitsamt weder Unterstützung bekommen noch Zuweisung von Arbeit erhoffen, so daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen nicht weit hinter sieben Millionen zurückbleiben dürfte.

In Anbetracht dieser Auswirkungen der Wirtschaftskrise kann man es den Arbeitnehmern als den am härtesten Betroffenen nicht zumuten, daß sie ruhig warten, bis sogenannte „bessere Zeiten“ kommen. Im Frühjahr 1930 ging die Arbeitslosenziffer von 3 366 000 Ende Februar auf 2 787 000 Ende April und im Frühjahr 1931 von 4 972 000 Ende Februar auf 4 358 000 Ende April zurück, also in beiden Fällen um etwa 600 000. Selbst wenn in diesem Frühjahr in demselben Zeitraum die gleiche Entlastung eintreten sollte, wie dies in den beiden Vorjahren der Fall gewesen ist, würde dieses Anhalten der Beschäftigungslosigkeit für die übrig bleibenden 6 1/2 Millionen untragbar sein.

Deshalb hat der Vorstoß der freien Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung starken Widerhall gefunden und sind bereits verschiedene Körperschaften dazu

übergegangen, dieses Problem zu behandeln. So finden im Reichswirtschaftsrat Beratungen statt über die Möglichkeiten, unter den derzeitigen Verhältnissen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen. Auch das Reichsarbeitsministerium hat sich schließlich veranlaßt gesehen, Vorschläge auszuarbeiten, die eine Arbeitsbeschaffung im größeren Ausmaße zum Ziele haben. Diese Vorschläge sind dem Reichskabinett zugegangen, das sich nach der Reichspräsidentenwahl damit befaßt wird. Vorgelesen sind Aufträge der Reichsbahn in Höhe von 300 Millionen, der Reichspost von 100 Millionen. Für Straßenbau sollen 300 bis 400 Millionen, für landwirtschaftliche Meliorationen 200 bis 300 Millionen, für Wasserbau 50 Millionen, für die Förderung des Kleinwohnungsbaues 200 Millionen aufgewendet werden. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, die die produktive Erwerbslosenfürsorge finanziert, soll zusätzlich 50 Millionen zur Durchführung eines erweiterten Arbeitsprogramms bekommen. Außerdem soll die Arbeitsförderung im Kohlenbergbau systematisch durchgeführt werden. Man denkt dabei an die Biergastfundenwoche oder an das sogenannte Krümperfest.

Die Situation ist so bitter ernst, daß unnützes Verdröbeln kostbarer Zeit untragbar erscheint. Es gilt schnell zu handeln und bestevgen verlangen wir sofortiges Eingreifen der verantwortlichen Stellen. Aufgabe des Krisentongresses wird es sein, der Forderung der freien Gewerkschaften auf schnelle und durchgreifende Arbeitsbeschaffung den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Die Lederfabrikanten haben trotzdem weitergeliefert und die Firma M. E. Fretter, Inh. Jg. Bythiner, für uns zunächst schwer erkennbar, erlind in einer „Dreieinigkei“ wieder. Und zwar die Firmen 1. M. E. Fretter, Inh. Jg. Bythiner, 2. Heinz Bythiner, 3. Nieberlauffer Lederwarenfabrik Joh. Zenta. Mit letzterer Firma ist sogar vom Justizministerium der Vertrag in Luckau geschlossen worden, obwohl jedem Laien klar sein mußte, daß diese Scheinfirma diesen Vertrag nur pro forma unterschrieb und der Behörde trotz Sicherheitsklausel nie eine Sicherheit bieten konnte.

Daß dem so ist, ergab eine Verhandlung, die am 8. März im Justizministerium stattfand und die bereits vor der Zahlungseinstellung angelegt war, um andere Mißstände und Beschwerden vorzutragen. Unter anderem war in einer Sitzung am 5. September das Justizministerium angefragt worden, ob die Strafanstaltsfirmen tatsächlich für Ludau und Wohlau auch eine Bar kaution von je 1000 Mt. gestellt hätten. Die Beantwortung wurde zugesagt, aber am 5. Dezember 1931 kam der Bescheid, daß zur Beantwortung keine Veranlassung vorliege, da es sich um Maßnahmen des inneren Dienstes handle. Ob eine Kaution als Garantie zur Erfüllung des Vertrages von den Firmen hinterlegt worden ist, ist uns authentisch nicht bekannt. Aber bekannt wurde uns in der Verhandlung am 8. März, daß die Strafanstalten Ludau und Wohlau an die Firma Bythiner Forderungen in Höhe von 10 000 Mt. haben. Man muß nämlich wissen, daß seit Juli 1931 die Strafanstaltsdirektoren sehr kulant wurden. Während der Staat zu jener Zeit zur Sicherung der Ordnung und Finanzen auf rückständige Steuern sehr hohe Zinsen (pro Monat 2 Proz.) verordnete, brauchte Herr Bythiner nur Teillöhne zu zahlen. Eine sehr vorsichtige Schätzung der Anzahl der Gefangenen mit dem Arbeitslohn ergibt, daß bei der Forderung von 10 000 Mt. die Firma Bythiner für ungefähr 13 Wochen keinen Pfennig Arbeitslohn gezahlt hat. Selbst wenn der Staat durch die in den Anstalten lagernden Produkte und Rohmaterialien formell gedeckt sein sollte, können auch diese Utensilien zur Masse geschlagen werden und die Quote fällt dann entsprechend niedriger aus.

Mehr als einmal haben wir bei den Verhandlungen von den Vertretern des Justizministeriums hören müssen, daß sich überhaupt kein Unternehmer mehr finden würde, wenn die Arbeitslöhne in den Strafanstalten zu hoch wären. Und selbstverständlich hat Herr Ministerialrat Polenz diese immer wieder von uns mit Tatsachenmaterial widerlegte Behauptung auch am 8. März in die Debatte geworfen. Deshalb gibt uns die Infolvenz der Firmen M. E. Fretter und Heinz Bythiner Veranlassung, mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Löhne in den Strafanstalten hierbei überhaupt keine Rolle gespielt haben können. Denn dann hätte die Firma Bythiner wahrscheinlich die Zahlungen auch einstellen müssen, wenn sie überhaupt keinen Lohn gezahlt hätte. Die Behörde braucht sich ja nur die Mühe zu machen, etwa vom April 1928 an die Lohnsummen nachzurechnen, und wird dann zu dem Ergebnis kommen, daß dieser Betrag etwa dem entsprechen wird, mit dem die Zahlungen eingestellt wurden. Es müssen also schon andere Gründe herangeholt werden. Vielleicht stellt ein Fabrikant, der in Strafanstalten arbeiten läßt, andere Ansprüche ans Leben als ein paar höhere Beamte zusammen? Das scheint hier der Fall zu sein, und eine einfache, allerdings kaufmännische Nachprüfung der Löhne und Gesehungskosten würde die „hohen“ Strafanstaltslöhne sofort ins Reich der Legende verweisen.

Ob die Firma Bythiner verschwinden wird, ist unbestimmt. Sie steht mit einer großen Handelsfirma zwecks Liebernahme von Verpflichtungen in Verhandlung, wobei natürlich manches von den Gläubigern abhängt.

A. B.

Von der Reichspräsidentenwahl.

Am 13. März haben Stimmen erhalten:

Hindenburg	18 661 736	Stimmen
Hitler	11 328 571	"
Thälmann	4 971 079	"
Duesterberg	2 557 876	"
Winger	111 477	"

Da keiner der aufgestellten Kandidaten mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte (Hindenburg fehlen rund 200 000 Stimmen), so muß am 10. April 1932 ein zweiter Wahlgang stattfinden.

Außerordentlich groß ist die Enttäuschung im Lager der NSDAP. Gewiß hat diese Partei aus Mittelstandstreifen starken Zustrom bekommen, jedoch sind die kühnen Erwartungen, die Hitler und seine Knappen an den Wahlausgang stellten, auch nicht annähernd in Erfüllung gegangen. Am 5. März schätzte der „Angriff“, das Berliner Organ der NSDAP, den Ausgang des ersten Wahlganges wie folgt ein:

Hitler 17-18 Millionen, Hindenburg höchstens 11 Millionen, Thälmann höchstens 5 Millionen und Duesterberg, wenn er viel Glück hat, 2 Millionen.

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1930 haben erhalten:

SPD	8 575 343		
Zentrum	4 126 983		
Bayr. Volksp.	1 058 637		
Staatspartei	1 322 039	15 083 000	18 661 736
NSDAP	6 406 397		
Volkspartei	1 577 381		
Wirtschaftspartei	1 361 761		
Landvolk	1 108 145		
Klein. Gruppen	1 800 000	12 253 700	11 328 571

SPD	4 590 179	Thälmann
	11 068. 4 601 247	4 971 079
Deutschnationale	2 457 680	Duesterberg
		2 557 876

Auch dann, wenn man in Rechnung stellt, daß hunderttausende bürgerlicher rechtsstehender Wähler für Hindenburg gestimmt haben, bedeutet der Ausgang der Wahl einen Mißerfolg der Spekulation Hitlers.

Zahlungseinstellung der Strafanstaltsfirma Bythiner.

Das Kapitel Strafanstaltsarbeit in der Lederwarenindustrie wird nicht behandelt werden können, ohne dabei an die Firma Bythiner zu denken. Denn diese Firma hat nichts unversucht gelassen, um möglichst viele freie Arbeitskräfte arbeitslos zu machen. Sie erfreute sich besonderer Liebe des zuständigen Dezernenten im preussischen Justizministerium, und auch heute noch, nach der zweiten Pleite, erklingt hoch das Lied vom braven Mann. Denn die Firma Bythiner hat, wie in der Gläubigerversammlung am 7. März festgestellt wurde, mit einer Last von 80 000 Mt. die Zahlungen eingestellt.

Als Ende 1927 die Firma Bythiner erstmalig in Schwierigkeiten geriet, betrugen die Forderungen 250 000 Mt. Wir schrieben damals:

„Für eine Lederwarenfabrik ist dies reichlich viel. Den Lederfabrikanten, die das Leder geliefert haben und die Hauptgläubiger sind, unser herzliches Beileid. Sie stehen jetzt da wie die betäubten Lohgerber und müssen zusehen, wie ihnen die Felle (dies: Leder) fortgeschwommen sind. Sie sind seit Jahren gewarnt, die Firma in so großen Mengen zu beliefern, denn es war offenes Geheimnis, daß der Verkaufspreis bei Bythiner im trassen Gegenlag zum Selbstkostenpreis stand. Hier hat nicht einmal der Strohhalm der Zuchtthausarbeit geholfen.“

Goethe und die geschichtliche Stunde.

Wir stehen in einer geschichtlichen Stunde der Entscheidung. Demokratie oder Faschismus? Sozialer Ausbau des Volksstaates oder Diktatur? Soziale Zukunft aus freiem Volke heraus oder Willkür einer Herrenklasse? Darum geht es. Und in dieser geschichtlichen Stunde — Goethe? Paßt solch ein Gedanke in diese Zeit?

Wer Goethe nur von der Schule her kennt, der mag den Goethe „Rummel“ vielleicht nicht gern machen. Aber Goethe ist mehr. Es ist schon so, wie Vassalle es einmal ausgesprochen: „Der Bürger würde seine Klassiker verbrennen, wenn er sie kennen würde.“ Denn die Denker und Dichter sind Künder. Jede große Zeit der Geschichte hatte ihre Propheten! Und Goethe war einer ihrer größten.

Gerungen hat er um Wahrheit und Klarheit sein Leben lang. Wie der Faust seines unerblicklichen Werks. Was ist des Lebens eigentlicher Inhalt? Was ist des Menschen eigentliche Aufgabe und was ist sein Glück?

Und Goethe-Faust fand es. Doch nicht im bürgerlichen Leben des Tags. „Arbeit in Gemeinrang für die Gemeinschaft!“ „Auf freiem Grund mit freiem Volke steht!“ Da vor uns liegt die schöne Erde! Vor uns die Zukunft! Und die heißt Glück freier Arbeit in Menschlichkeit.

Ein Jahrhundert hat Goethe-Faust mit dieser Erkenntnis überwunden. Schon im ersten Beginn der Maschinenzeit sah er jenseits der kommenden Zerrissenheit von Volk und Welt das eine Neue: das Gemeinschaftliche, das brüderlich-bindende Glück.

Es ist erwiesen, daß die sozialistischen Utopisten auf Goethe befruchtend eingewirkt haben. Doch er nahm die soziale Lehre nicht nur als ökonomische Aufgabe hin. Er spürte ihren tiefsten, heiligen Sinn. Er ahnte das große Neue der Freiheit und der brüderlichen Arbeit für alle.

Und dann kam die große Stunde, da ein Margen praktischer Weg wies zu dem Ziel: Zusammenschluß aller Geknechteten, Kampf gegen die Wirtschaftsmacht, die herrscht, Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinschaft.

Und das Volk ging den Weg. Und es schloß sich zusammen. Und als Gemeinschaftsbewegung wuchs der neue Gedanke wirtschaftlich zu geschichtlicher Macht und Macht. Gefahr für das Alte, für Herrtum und Besitz. Und schroffer und schroffer wurden die Gegensätze. Und sie drängen zur letzten Entscheidung.

Seid durchglüht von dem sittlichen Glauben an euren Kampf!

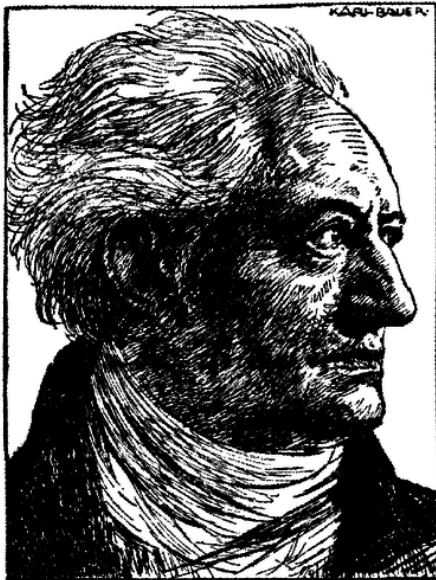
Stellt alles Kleine zurück gegen solchen Gedanken! Seid einig und stark! —

„Arbeit in Gemeinrang für die Gemeinschaft!“ „Auf freiem Grund mit freiem Volke steht!“

Da, es geht um eine geschichtliche Mission!

Gr. O. S.

Johann Wolfgang Goethe zu seinem 100. Todestag



Goethe wurde geboren am 28. August 1749 in Frankfurt a. Main. Er starb am 22. März 1832 in Weimar

Goethe und Christiane Vulpius.

Von Wilhelm Meppisto.

Im Leben des wirklichen Herrn Geheimdrath Dr. von Goethe, Staatsminister der Weimarschen Lande und des Großherzogs“ spielte eine kleine, bescheidene Fabrikarbeiterin eine entscheidende Rolle: Christiane Johanna Sophia Vulpius. Ihr Vater hat als Amtssachver in Weimar Dienst getan und hieß Johann Friedrich Vulpius. Vor und Neben wohnten in seinem Hause, und er konnte sein ganzes Leben nicht froh werden. (Ahnlich, wie es bei Peter Edermann war, dem treuen Diener Goethes.) Man sagt vom alten Vulpius, daß er gerne Alkohol getrunken habe; kein Wunder, er wollte die Traurigkeit seiner Tage vergessen. Was aber an einem

Abend in der „Hofgesellschaft“ getrunken wurde, hat der alte Vulpius im ganzen Jahre nicht bekommen.) Später hat man diesen alten Vulpius und den kleinen, braven Edermann ausgezeichnet: Goethe sorgte dafür, daß beide von der Jenaer Universität den „Doctortitel“ bekamen, der nun heute die Grabsteine dieser Männer „ziert“. Als Christiane 20 Jahre alt wurde, starb der Vater. Christiane Vulpius war Waise. Sie lebte mit einem Bruder und einer Schwester bei einer Tante. Ihr Brot mußte sie in der damaligen Weimarer Blumenfabrik von Verlust verdienen. Nach Goethes Rückkehr aus Italien überreichte sie dem Minister Goethe eine Bittschrift für ihren Bruder.

Das war entscheidend für Christianes ganzes Leben... Goethe zählte 38 Jahre, und die kleine Vulpius hatte noch nicht das 23. Lebensjahr vollendet. Sie war von lippigem Blicke, frisch, anmutig und still, nicht aufdringlich und kokett, wie es die Damen des Hofes waren. Diese weibliche Natürlichkeit bestrickte Goethe.

Am 13. Juli 1788 begründete Goethe in Weimar mit diesem Blumenmädchen Vulpius seine „Gewissensehe“. Er fragte nichts nach Hof und nichts nach Bürgerum; er nahm Christiane für immer in sein Haus auf. Später durfte auch ihre Schwester und ihre Tante mit bei Goethe einziehen! Das war etwas für die Weimarer Spieler von damals! Frau von Stein (die doch auch nur die Gattin eines Stallmeisters war, aber nun einmal Titel hatte und zur Hofgesellschaft gehörte!) schrieb gleich an Goethe, daß er nicht mehr zu ihr kommen brauche, wenn er „so ein armes Geschöpf“ in sein Haus aufnehme, Gemeint war die kleine Vulpius.

Nach der Schlacht bei Jena zogen die Franzosen auch nach Weimar und wollten in das Gartenhaus Goethes im Park eindringen. Da hat die kleine Fabrikarbeiterin Christiane dem Herrn Minister Goethe tapfer das Leben beschützt. Sie hat erreicht, daß der Kommandant befahl, von Goethes Wohnung abzuziehen! Die Hofgesellschaft aber war an diesem Tage nicht zu sehen.

Am 19. Oktober 1806, also vor 125 Jahren, geht Goethe mit dem Blumenmädchen aus Weimar die Ehe ein. 18 Jahre aber hatte er ohne Standesamt und Kirche mit Christiane zusammengelebt.

„Unrecht wird Unrecht“, so heißt es in einem Goethebriefe, „ist der Christiane geschehen.“ Sie starb zu Weimar im Jahre 1816, also 10 Jahre nach der formellen Eheschließung. Still liegt ihr Grab im alten Friedhof zu Weimar. Ihr Leichnam hat den Weg nicht in die Fürstengruft gefunden, wo all die „Großen“ liegen.

Auf ihrem Grabe stehen die Verse Goethes: „Da verlust, o Sonne, vergebens, durch die düstern Wolken zu scheinen! Der ganze Gewinn meines Lebens ist, ihren Verlust zu beweinen...“

„263.“

Die Arbeitsbeschaffung.

Ein Zwiesgespräch.

A.: Schon oft führten wir über das so dringende Problem der Arbeitsbeschaffung leidenschaftliche Debatten und konnten leider bisher noch zu keiner Einmütigkeit unserer Auffassungen gelangen. Versuchen wir also zunächst einmal Klarheit darüber zu gewinnen, in welchen Fragen unsere Meinungen auseinandergehen. Hierbei wird es zweckmäßig sein, zunächst jene Punkte zu unterstreichen, in denen wir, wie wir wiederholt feststellen konnten, übereinstimmen. Einig sind wir in der Meinung, daß die Überwindung der Arbeitslosigkeit in einem Land allein nicht erfolgen kann, und daß zuerst die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor allem die Krise des Geld- und Kreditwesens und des Welthandels im internationalen Maßstab beseitigt werden müssen, wenn die Krise in Deutschland oder in irgendeinem anderen kapitalistischen Land behoben werden soll. Wir wissen jedoch nur zu gut, daß die internationale Lösung all dieser Schwierigkeiten noch in weiter Ferne liegt. Ehe das erfolgt, wünschen wir beide, daß aus eigenen Kräften Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung eingeleitet werden. Auch darin sind wir einig, daß der Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft gegenwärtig außer Funktion gesetzt ist, daß daher Selbsthilfemaßnahmen entweder nicht möglich sind oder nicht ausreichen, so daß es zur Arbeitsbeschaffung der Hilfe des Staates bedarf. Es fällt uns beiden nicht ein, den Standpunkt zu vertreten, den die Unternehmerverbände erst dieser Tage noch zum Ausdruck brachten und der jede Einmischung des Staates zur Arbeitsbeschaffung ablehnt. Nebenbei bemerkt, waren es dieselben Unternehmer, die um Hilfe stets zum Staat laufen und aus Staatsgeldern gewaltige Subventionen für sich in Anspruch nehmen. Ist etwa der Staat nur für die Arbeitslosen?

In allen diesen Dingen herrscht völlige Einmütigkeit unter uns. Unser Meinungsstreit beginnt erst

bei der Frage: Was sollen wir vom Staat fordern, welchen Plänen zur Arbeitsbeschaffung sollen wir zustimmen, wenn wir Arbeitslose in Arbeit sehen, ihnen die Arbeit dauernd erhalten, gleichzeitig aber die Gefahr der Inflation vermeiden wollen.

B.: Ganz richtig, wir müssen das Problem der Arbeitsbeschaffung unter dem Gesichtspunkt der Inflation behandeln. Denn auch darin sind wir einig, daß die Inflation, wenn sie zum Zusammenbruch des Geldwertes führt, ein zumindest so großer Fluch ist, wie die Deflation. Sie bereitet einer kurzen Konjunkturbelebung ein jähes Ende, und zwar ein Ende mit Schrecken. Schwere Herzen müssen wir daher auf Pläne verzichten, die uns mit einiger Sicherheit in den Abgrund der Inflation stürzen würden. Deshalb habe ich nur solchen Plänen der Arbeitsbeschaffung zugestimmt, bei denen die Inflationsgefahr von vornherein ausgeschlossen ist. Es gibt eine Anzahl solcher Pläne, von denen ich einige hervorheben will.

Erstens ist der Plan für die Selbsthilfe der Arbeitslosen da, wie er insbesondere von unserem Genossen Prof. Lederer entwickelt wurde, ein Plan, der im wesentlichen darin besteht, die Arbeitslosen in stillgelegte oder kaum ausgenützte Betriebe einzustellen, diesen die bisherige Arbeitslosenunterstützung ausbezahlen, das von den Arbeitslosen hergestellte Produkt aber unter den in die Betriebe eingestellten und auch unter die übrigen Arbeitslosen kostenfrei zu verteilen.

Eine andere Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung ohne Inflationsgefahr würde darin bestehen, daß Konsummittelnutzern billige Kredite erhalten, mit deren Hilfe sie neue Arbeitskräfte einstellen, die dann dank der Zunahme ihrer Kaufkraft die neuerstellten Konsumgüter kaufen, so daß eine Preissteigerung, zumal wenn bestimmte Vorichtsmaßnahmen beobachtet werden, nicht eintreten braucht. Anders steht es bei Erweiterung der Kredite für Anlagezwecke, bei welchen nämlich der Rückfluß der Kredite nur sehr langsam, im Laufe von vielen Jahren, erfolgt, während der neugeschaffene Kredit in der Wirtschaft

weiter in Umlauf bleibt und eine preissteigernde Tendenz ausübt.

Auch Anlagen — Wohnungen, Straßen, Siedlungen usw. könnte man allerdings zum Zweck der Arbeitsbeschaffung ohne Inflationsgefahr herstellen, jedoch nur dann, wenn ihre Finanzierung nicht durch Kreditbeschaffung, sondern durch Verwendung bereits vorhandener Kapitalien erfolgt. Als Beispiel dafür soll der Antrag der Sozialdemokratischen Partei an den Reichstag zur Förderung des Wohnungsbaues dienen, in dem die zur Finanzierung erforderlichen Mittel durch Verwendung von Steuern (mittels Umgestaltung der Hauszinssteuer) und durch Anleihen, die genug Anreiz bieten sollen, um die gehäuferten Banknoten aus ihren Schlafwinkeln herauszulocken, bereitgestellt werden sollen. Bei dieser Finanzierung erfolgt demnach nur eine Umwidmung vorhandener Kapitalien oder Vermehrung der Geldmenge und daher auch ohne Inflationsgefahr.

A.: Das ist alles sehr schön, doch muß ich meine Zweifel darüber ausdrücken, daß die drei Arten der Arbeitsbeschaffung, die du empfehlst, überhaupt zweckmäßig oder durchführbar sind, und wenn ja, ob sie dann vielen Arbeitslosen Arbeit beschaffen würden. Unseren Streit über den ersten Plan, die Selbsthilfe der Arbeitslosen, die in die Betriebe eingestellt werden sollen, möchte ich nicht wieder aufrollen. Ich behaupte, daß bei Verwirklichung dieses Planes die Störung des Marktes, mit der Folge, daß bisher Beschäftigte ihre Arbeit verlieren würden, nicht zu vermeiden wäre und daß der Plan auch lohnpolitisch nicht unbedenklich ist. Doch gebe ich zu, daß deine Gegenargumente stark genug sind, meine Bedenken weitgehend zu entkräften, und so habe ich auch nichts dagegen, wenn der Versuch zur Verwirklichung dieses Planes gemacht würde. Es wäre zweifellos ein schöner Erfolg, wenn die heute darbenenden Arbeitslosenmassen verschiedene Bedarfsartikel, die sie aus ihren lärglichen Unterstüßungen nicht beschaffen können, kostenfrei erhalten würden. Indessen könnte man mit dieser Aktion voraussichtlich nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von

Die Arbeiterbank im Jahre 1931.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., erstattet ihren Geschäftsbericht für das vergangene Jahr. Von den für die übrige Bankwelt so außerordentlich verhängnisvollen Abzügen von Auslandsguthaben ist die Arbeiterbank unberührt geblieben, da sich ihr Einlagebestand fast ausschließlich auf edle inländische Depositionen und Spargelder stützt. Durch die fortschreitende Schrumpfung der Wirtschaft und die daraus resultierende Steigerung der Arbeitslosigkeit erfolgte eine Schmälerung des Einlagebestandes von 168 Millionen M. Ende 1930 auf 135 Millionen M. Ende 1931. Entsprechend dem Einlagerückgang ist auch der Gesamtumsatz niedriger gewesen; er beträgt 3,068 Milliarden M. gegenüber 3,363 Milliarden M. im Jahre 1930.

Neu eröffnet wurden im Jahre 1931 selbständige Zahlstellen in Dortmund und in Lübeck. Die Arbeiterbank zeigt für Ende 1931 einen Gewinn von 583 000 M. Außerdem sind zur inneren Stärkung des Instituts erhebliche Rückstellungen vorgenommen worden. Obwohl dieser Gewinn dazu ausreichen würde, eine den Zeitverhältnissen angemessene Dividende den Aktionären zur Verfügung zu stellen, schlägt der Vorstand vor, von einer Gewinnausschüttung in diesem Jahre abzusehen und den Gewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Dank der Politik weitgehender Liquidität war es der Arbeiterbank möglich, allen Anforderungen gerecht zu werden. Sehr günstig wirkte sich die hohe Liquidität des Instituts an dem kritischen 13. Juli 1931 aus, an dem ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Einlegerchaft befriedigt werden konnten. Diese Tatsache sowie die den Interessen der Kundschaft angepaßte weithergehe Handhabung der Ueberleitungsrichtlinien in den folgenden Wochen hat wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Kundschaft zur Arbeiterbank nicht nur zu erhalten, sondern auch zu stärken. Es war infolgedessen auch ein vergebliches Bemühen der gewerkschaftsfeindlichen Kreise, in Presseveröffentlichungen und in Versammlungen durch Verbreitung falscher Nachrichten Mißtrauen gegen die Arbeiterbank zu wecken. Alle diese Bemühungen sind gescheitert an dem gesunden Sinn der Kundschaft der Arbeiterbank, die sich durch eigene Erfahrungen genügend Klarheit geschaffen hatte, daß die Arbeiterbank auch in Krisenzeiten durchaus fest und sicher dasteht.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Leipzig. Generalversammlung vom 10. Februar. Den Tätigkeits- und Kasienbericht erstattete Kollege Frahnert, den gedruckt vorliegenden Bericht ausführlich ergänzend. Er beleuchtete in großen Umrissen die Wirtschaftskrise mit der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, die Notverordnungspolitik und ihre Auswirkung auf die Lebens-

haltung der breiten Volksschichten. Mit treffenden Worten zeigte er die Hemmnissen und Hindernisse auf, die einer fruchtbringenden Gewerkschaftsarbeit entgegenstehen. Besonders eingehend behandelte er die Notverordnung vom 8. Dezember, die einen Eingriff in das Tarifrecht darstellt und eine generelle

40 Jahre in Treue zum Verband.

Die Verwaltungsstelle Offenbach a. M. konnte im Lauf des I. Quartals 1932 auf das seltene Ereignis zurückblicken, daß drei Mitglieder dieser Verwaltungsstelle 40 Jahre ununterbrochen unserer Organisation angehören.

Es sind dies die Kollegen Jakob Finger, Karl Mehmel, die am 1. Februar 1892, und der Kollege Heinrich Scheich,

der am 28. März 1892 dem Sattler-Verband beigetreten sind und ihm bis heute die Treue bewahrt. Die drei Kollegen sind langjährige Funktionäre und treue Werber der Organisation gewesen, und wenn sie heute jüngere Kollegen Platz gemacht haben, so hat das auf ihre Beziehungen zum Verband keinerlei Einfluß.

Wir sprechen diesen alten Vorkämpfern unseres Verbandes den Dank aus für ihre Mitarbeit und ihre Treue und verbinden damit den Wunsch, daß es ihnen noch recht lange vergönnt sein möge, in geistiger und körperlicher Frische in unseren Reihen mitzuhalten.

Der Hauptvorstand.

Senkung der Löhne um 10 bis 15 Proz. brachte, während die angeforderte Preisentung infolge neuer Höhe und anderer Maßnahmen noch recht wenig spürbar ist.

In Ausnützung der Situation kündigten die Unternehmer in allen Branchen die Lohnabkommen. Auch die Mantelverträge in der Treibriemenindustrie, der Lederwarenindustrie und der Karosseriebranche waren Gegenstand ihrer Angriffe. Alle Verträge konnten, teilweise mit gewissen Änderungen, erneuert werden. Der Lederwarenvertrag für Westfalen wurde unabgeändert um ein Jahr verlängert. Alle Branchen leiden unter einer überaus großen Arbeitslosigkeit, die in ihrer Auswirkung der Ortsverwaltung ein beträchtliches Maß von Arbeit aufbrachte. Im Jahresdurchschnitt jähle die Verwaltungsstelle 750 arbeitslose Mitglieder bei einem Bestand von 1124 Mitgliedern am Jahres-schluss. Besonders liegt die Fahrzeugbranche darnieder, wo nur noch 4 Kollegen im Betrieb beschäftigt sind. In der Lederwarenindustrie gingen eine Anzahl Betriebe völlig ein, darunter die Firmen Wädler und Wache-Eichwald-Werk. Die Agitations-

erfolge waren den Umständen entsprechend gut. Doch war eine Senkung des Mitgliederbestandes nicht abzuwehren. Der Besuch der Versammlungen ließ wie wohl überall zu wünschen übrig. Am Arbeitsgericht wurden in 18 Prozessen 58 Mitglieder vertreten, für die etwa 2500 M. ausbehaftet wurden. Damit ist die zunehmende Bedeutung der Gewährung des Rechtshilfes durch die Organisation erneut erwiesen.

Die Einnahmen der Haupt- und Lokalkasse verringerten sich von Quartal zu Quartal. Die Aufwendungen für die statistische Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung sind außerordentlich hoch. Die Hauptkasse Berlin mußte einen Zuschuß in Höhe von 8340 M. leisten. Der Stand der Lokalkasse ist wenig günstig, immerhin gelang es infolge weitgehender Drosselung der Verwaltungsausgaben den Status etwas zu verbessern. Der Martenumsatz ist mit 41,3 Stück (einschl. Anerkennungsmarken) pro Jahr wenig befriedigend.

Kollege Dpzig gab anschließend einen Ausschnitt aus der Tätigkeit des Ortsausschusses des VDB. In verschiedenen Sitzungen und Konferenzen wurden die Verordnungen und ihre praktische Durchführung besprochen. Die ins Leben gerufene gewerkschaftliche Nothilfe erbrachte durch Sammlungen 7000 M., wofür Spelungen erfolgen sollen. In der Rechtschutzabteilung wurden 16 948 Austünfte erteilt. Im Ferienheim Neumühle, dem Eigenbesitz der Leipziger Gewerkschaften, wurden in den letzten vier Jahren 500 erholungsbedürftige Kinder betreut. Der Ortsausschuß erfaßt 102 630 Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften.

Ueber den Stand des Volkshauses berichtete Kollege Berger. Die Not der Zeit drückt auch dem Leipziger Volkshauses ihr Gepräge auf. Der Rückgang der Einnahmen ist beträchtlich; das Fremdenheim erfordert dauernd Zuschüsse. Er schließt mit dem Ersuchen, durch bestmögliche Unterstützung unser Haus über die kritische Zeit hinwegzubringen.

In der anschließenden Aussprache wurde Kritik an der Tätigkeit der Verwaltung nicht geübt. Bedinglich Kollege Stör veruchte nach kommunistischem Rezept die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen herabzumwürdigen. Anlang hat er damit nicht gefunden. Eine längere Debatte wurde geführt über die Auswirkung der Dezember-Notverordnung, so weit die Anrechnung von Leistungen der Erlass- oder Zuschußkassen auf die Unterstützung der Orts-trankenklassen in Betracht kommt.

Bei der Neumahl wurde der gesamten Ortsverwaltung und den Revisoren durch fast einmütige Wiederwahl das Vertrauen der Mitgliedschaft ausgesprochen. Kollege Frahnert und Kollege Dpzig warben in zündenden Worten für die „Eiserne Front“ und die Bildung von eigenen Hammer-schaften unseres Verbandes. Ein wesentlicher Teil der Anwesenden folgte der Aufforderung und zeichnete sich in die bereitgelegten Listen ein. Die Versammlung war leblich gut besucht. Mit ihrem Verlauf kann man zufrieden sein. E. Sch.

Arbeitslosen in Arbeit bringen. Zum zweiten Plan, zur Finanzierung der Konsummittelindustrien mit billigen Krediten, möchte ich den Zweifel ausdrücken, daß die Unternehmer solche Kredite überhaupt in Anspruch nehmen würden, solange die Massentaufkraft so gering wie heute ist und die Absatzmöglichkeiten nach den erfolgten Lohnsenkungen stetig weiter eingeschnürt werden. Was endlich die Anlage-tätigkeit aus vorhandenen Mitteln, d. h. auf dem Steuerwege oder aus Anleihen anbelangt, so glaube ich, daß (wenn der Anleihezug wirklich ernst gemeint ist, d. h. nicht nur zum Vorwand einer Kredit-schöpfung, die mit der Aufnahme von Anleihen verknüpft werden könnte, dient) nur sehr geringe Mittel zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung aufgebracht werden könnten. Was wir indessen brauchen, ist die energische Anturbelung der Produktion. Gerade so wie die Arbeitslosigkeit weitere Arbeitslosigkeit zur Folge hat, da die Kaufkraft-schrumpfung der Arbeiter, die ihre Beschäftigung verloren, andere Arbeiter brotlos macht, gerade so schafft die Wiedereinsetzung von Arbeitern in die Arbeit Beschäftigung für andere Arbeiter, die für die neuangefallenen Arbeitskräfte verschiedene Produkte herstellen. Diese Kaufkraftsummen wollen wir auf dem Umweg der Anlage-tätigkeit erreichen.

B.: Auch die von mir befürworteten bescheidenen Pläne zur Arbeitsbeschaffung haben eine solche Anturbelung der Produktion im Auge. Ohne weiteres gebe ich zu, daß diese Anturbelung um so größer und wirkungsvoller ist, je mehr Arbeitskräfte neu eingestellt werden, und daß daher an sich eine Arbeitsbeschaffung auf breiterer Grundlage erwünscht wäre. Allerdings möchte ich mich gegen Uebertreibungen der „Anturbelungstheorie“ verwahren. Die einen glauben, durch eine einmalige Anturbelung könnte man sozusagen die ganze Arbeitslosigkeit „aufrollen“. Andere wieder, — so Gustav Stolper jüngstens im „Deutschen Volkswirt“, — erklären die Anturbelungstheorie für die reine Nösil. Da glaube ich, daß die Wahrheit in der Mitte liegt. Jedenfalls halte ich die Anturbelung der Wirtschaft für außerordentlich wichtig. Jedoch muß ich auf

meine Bedenken zurückkommen und vor Rājungen warnen, die die Inflationsgefahr in sich bergen. Unsere Ausfuhr kämpft infolge der Wperrung des Auslandes mit den größten Schwierigkeiten. Wir müssen eine Steigerung des Preisniveaus verhüten, wenn wir die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erhalten wollen, was um so schwieriger ist, je mehr wichtige Industrieländer sich von der Goldwährung lösen und so einen Vorprung auf dem Weltmarkt errichten. Ihnen auf diesem Weg zu folgen, bleibt uns als letzter Ausweg, den man jedoch im Hinblick auf seine großen Gefahren nur im äußersten Fall einschlagen darf.

Wir müssen bedenken, daß wir unseren Einfuhrbedarf nur befriedigen können, wenn wir in der Lage sind, unsere Ausfuhr aufrechtzuerhalten, daß wir außerdem etwa 150 Millionen Mark monatlich an Zinsen und Tilgungsraten aus unseren Ausfuhrüberschüssen abtragen müssen. Wenn wir da ver-lagen, dann schwindet die Hoffnung auf die Wiederherstellung unserer Kreditfähigkeit und auf eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage, dann könnte der Wert der deutschen Mark im Ausland ins Bodenlose sinken. Dann, aber auch schon früher, könnte im Inland eine Inflationspanik ausbrechen, die führt in die Schwärze in einem Umfang einsehen, der nicht (wie im vorigen Herbst, wo ihr Umfang noch bescheiden war), die leichte Be-lebung des Handels und der Konsummittelindustrien bewirkt, sondern zum völligen Ruin des Geldwertes, zur Katastrophe führt.

A.: Du mußt da Gespenster an die Wand. Unsere Vorschläge dienen gerade dem Zweck, die drohenden Gespenster zu bannen. Ich bin mir der Wichtigkeit der Ausfuhr und ihrer Schwierigkeiten völlig bewußt, kann jedoch nicht glauben, daß unsere Aus-sichten für die Steigerung oder Erhaltung der Aus-fuhr unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch Tiefhaltung unserer Preise entscheidend beeinflusst werden können. Will doch die übrige Welt einen großen Teil der deutschen Ausfuhrwaren unter-leinen Umständen mehr hereinlassen. Solange diese verhängnisvolle Lage andauert, müssen wir, bei

welcher Preisstellung immer, auf einen scharfen Rückgang der Ausfuhr und deshalb auf eine erhebliche Vermehrung der Arbeitslosigkeit gefaßt sein. Gelingt es uns nicht, durch Arbeitsbeschaffung auf dem inneren Markt ein Gegengewicht zu schaffen, so droht uns vor allem eine Katastrophe der Staatsfinanzen. Bei weiter schrumpfenden Staatseinnahmen und steigenden Staatsausgaben für die Erhaltung der Arbeitslosen bliebe dann dem Staat kein anderer Ausweg als in offener oder verbüllter Form die Inanspruchnahme der Notenpresse. Dann aber sind wir bereits in die Inflation hineingeschlittert.

B.: Die Gefahren will ich nicht unterschätzen. Und trotzdem muß ich fragen: Sollen wir, um eine mögliche Inflation in der Zukunft zu vermeiden, die sichere Inflation einleiten? Sollen wir aus Angst vor dem Tod Selbstmord verüben?

A.: Ich stelle die Frage anders. Der Wirtschafts-körper ist schwer krank, er bedarf eines schweren operativen Eingriffs. Eine Operation ist stets mit Gefahren verbunden, doch können die Gefahren noch größer sein, wenn die Operation unterbleibt. Zudem wollen auch wir eine so starke Kreditvermehrung, die die Inflation herbeiführen muß, vermeiden. Unser schlimmster Feind ist allerdings die Inflations-angst, die ihr Haupt auch dort erheben und schwere Schäden verursachen kann, wo eigentlich keine Inflationsgefahr besteht. Wenn du nun wegen des Entstehens der Inflationsangst so besorgt bist, so müssen wir verlangen, daß die Inflationsangst durch übertriebene Schüldung der Inflationsgefahr nicht erst künstlich entzündet wird.

B.: In der Tat ist es eine schwere Aufgabe, die richtige Mitte zu finden, die warnende Stimme zu erheben, ohne eine unnötige Inflationsangst zu züchten. Seid ihr aber nicht vorsichtig, so entzündet die Inflationsangst im Ausland oder im Inland, ohne daß wir sie zu hindern vermögen. Deshalb möchte ich euch zurufen: Wir wollen euch helfen, daß die Arbeit gelingt und freitlich auch sorgen, daß alle Vor-sichtsmahregeln getroffen werden. Also, ihr Vergie, auf zur Arbeit! L. S.

